

28.08.2019

Statement für die Presse

BDEW zum heutigen Gespräch der Bundesregierung in Brüssel zur Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie

Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser, zu den heutigen Gesprächen von Bundesumweltministerin Schulze und Bundesagrarministerin Klöckner mit EU-Umweltkommissar Vella in Brüssel zur Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie:

„Was die Bundesregierung im Gepäck hat, reicht nicht aus, um die Nitrateinträge in Deutschland nachhaltig zu reduzieren. So sollen die Nitrateinträge lediglich im Durchschnitt pro landwirtschaftlichem Betrieb um 20 Prozent reduziert werden. Es hilft jedoch nichts, wenn auf der einen Fläche deutlich weniger gedüngt wird und dafür an anderer Stelle deutlich mehr Dünger aufgebracht werden darf. Das ist besonders mit Blick auf düngereintensive Sonderkulturen oder den Maisanbau absolut kontraproduktiv für den Grundwasserschutz. Deshalb fordern wir für düngereintensive Anbaukulturen wie zum Beispiel Weizen, Zuckerrüben und Kartoffeln eine flächenbezogene Reduzierung um 20 Prozent, bei Mais um 30 Prozent, die nicht verrechnet werden darf. Um die Nachvollziehbarkeit der Düngereduzierung von 20 Prozent zu gewährleisten, ist die Einführung einer Nachweispflicht für die Landwirtschaft dringend erforderlich. Hier muss die Beweislast umgekehrt werden: Nicht die Behörden sollten die Einhaltung der neuen Regelungen nachweisen müssen, sondern die Betriebe sind in der Darlegungspflicht.“

Es ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit, dass der Grenzwert für Nitrat entsprechend der EU-Richtlinie nach über 25 Jahren eingehalten wird. Dafür muss der Schutz des Grundwassers gegenüber der Landwirtschaft endlich Priorität haben. Die Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen nicht durch die steigenden Aufbereitungskosten für das Grundwasser die Zeche zahlen für eine fehlende umweltorientierte Zukunftsstrategie in der Landwirtschaft.“

Ansprechpartner

Jan Ulland

Pressesprecher / Press Spokesman

+49 30 300199-1160

presse@bdew.de
